

(Minister Matthiesen)

- (A) Gründen wünschenswert wäre, wenn die Bundesrepublik Deutschland sich bei diesen Verhandlungen so durchsetzen könnte, daß einerseits die Einkommenssituation der deutschen Landwirte vernünftig berücksichtigt wird, andererseits der Einstieg gesucht und gefunden wird in eine dringend notwendige grundsätzliche Reform der europäischen Agrarpolitik, weil die Fortsetzung der jetzigen weder für die Landwirte noch für die Steuerzahler noch für die Verbraucher und auch nicht für verantwortungsbewußte Politik zu vertreten und zu vollziehen ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, das war die Beratung zum Einzelplan 10.

Ich rufe nun auf

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft,
Mittelstand
und Technologie

Ich darf die Beratung eröffnen und Herrn Abg. Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön!

Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Gestatten Sie mir, daß ich im Anschluß an die Rede des Herrn Ministers noch einmal kurz auf Einzelplan 10 eingehe, da der Herr Minister hier zwar moderat angefangen hat, dann aber doch wieder in seinen alten Wahlkampfstil verfallen ist. Man merkt doch, daß er Reden für Wahlkampfeinsätze schreibt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, die CDU-Fraktion weiß sehr wohl zu unterscheiden, ob wir uns hier über Landeskonzepte unterhalten oder über Bundeskonzepte oder europäische Konzepte. Ich halte solche Vokabeln wie "unredlich" und "unverschämt", die Sie hier gebraucht haben, für der Schwierigkeit des Problems überhaupt nicht angemessen.

(Zustimmung bei der CDU)

Lassen Sie mich zu dem Landeskonzept etwas sagen. Sie haben hier die Aufgabe, nach § 19 Abs. 4 Wasserhaushaltsgesetz auszugleichen. Ich darf vielleicht einmal an die Geschichte erinnern, daran, wie das denn gelaufen ist. Sie haben sich seinerzeit, als der Kabinettsentwurf zum Wasserhaushaltsgesetz in Bonn vorlag, groß ins Schaufenster gehängt und gesagt: Da muß dringend Ersatz geschaf-

fen werden, da müssen berechtigte Bauernforderungen eingelöst werden, da müssen Ersatzzahlungen kommen - wohl in der Erwartung, daß der Bundesgesetzgeber das nicht leisten würde. Dann hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das geändert, hat § 19 Abs. 4 hineingebracht. Und nun sind Sie leider hier im Lande in der Pflicht, denn das, was hier kommt, sind ja Landeserlasse. Dafür müssen Sie zahlen. Nun versuchen Sie den Trick, sich dem auf dem Weg über Anhörungen weiterhin zu entziehen. Die Anhörung hat ja zu genau dem gleichen Thema stattgefunden wie die in Bonn. Wir hätten uns die von Bonn nur durchzulesen brauchen. Aber okay, das kann man natürlich machen. So wollen Sie über den 25. Januar kommen, um nicht klarlegen zu müssen, daß Sie mit dem Begriff "Was ist ordnungsgemäße Landwirtschaft?" die Zahlungen des Landes reduzieren wollen. Das ist Ihre wahre Absicht. Das rührt natürlich daher, daß hier im Land kein Geld mehr da ist. Das ist doch die Crux!

(Aigner (SPD): Stellen Sie doch mal Anträge in Bonn; das ist schon lange überfällig von Ihrer Seite!)

- Große Geldforderungen an Bonn stellen, das kann ich auch. Zeigen Sie erst einmal, was Sie leisten, bevor Sie in Richtung Bonn die große Lippe riskieren!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist im Grunde traurig, daß Sie nachher das wiederholt haben, was Sie vor Jahresfrist auch getan haben: daß Sie das Schicksal der Landwirte beklagen, die sich in einer riesigen Struktur Anpassung befinden. Wir haben die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, genauso wie wir bei Kohle und Stahl Struktur Anpassungen begleiten, weil wir eine soziale Marktwirtschaft haben, das auch in der Landwirtschaft zu tun. Da können Sie sich nicht bloß hinstellen und klagen, sondern Sie müssen ein Konzept vorlegen. Konzept heißt aber nicht, daß Sie von marktfähigen Preisen und von direkten Einkommensausgleichen sprechen. Ich kann mich da nur wiederholen, Herr Matthiesen: Dann stimmen Sie doch in Bonn den Zahlungen zu, die für die Landwirtschaft geleistet werden sollen! Verweigern Sie sich dem nicht! Hören Sie nicht auf Ihre Kollegen - das ist nämlich die wahre Crux der SPD-Landtagsfraktion -, die sagen: Zu einem zweiten Bauernopfer sind wir nicht mehr bereit. Das ist doch der wahre Hintergrund der ganzen Diskussion.

(Beifall bei der CDU - Nagel (CDU): Genauso ist es!)

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Lassen Sie mich nun der Aufgabe nachkommen, zum Etat des Wirtschaftsministers für die CDU-Landtagsfraktion hier Ausführungen zu machen.

Zu Recht ist das Schlagwort der Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 "Ökonomische und ökologische Erneuerung dieses Landes" hier in fast allen Haushaltsbeiträgen vorgetragen worden. Erneuern aber kann ja eigentlich nur der, der vorher Mist gebaut hat. Deshalb ist es ganz interessant, daß die Landesregierung erkannt hat, daß sie nach 20 Jahren hier als ihr eigener Erneuerer antreten muß.

(Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Herr Rau stellt fest, natürlich mit Blick auf Bonn, daß in guten Zeiten etwas getan werden muß. - Er konstatiert offensichtlich, daß wir uns wirtschaftspolitisch in guten Zeiten befinden. Das nehmen wir mit Freuden zur Kenntnis, Herr Ministerpräsident. Aber offensichtlich wird dieser Eindruck, der ja im Grunde genommen erst einmal gefestigt sein muß - bevor man eine Politik mit ihren Instrumenten bespricht, muß man ja wissen, wie die Analyse ist, und die muß einheitlich sein -, von den Kollegen nicht geteilt. Wenn Herr Duve noch dieser Tage den Arbeitnehmern in den waffenexportierenden Betrieben sagt, wir hätten in der Bundesrepublik rosige Zeiten und sie bekämen anderswo einen Arbeitsplatz, dann liest sich das beim SPD-Präsidium am 10. Dezember, in der "Frankfurter Rundschau" nachzulesen, völlig anders. Da wird schwarz in schwarz gemalt, da ist das Ende des Aufschwungs gekommen, und da muß Abhilfe geschaffen werden durch ein Programm "Arbeit und Umwelt". Es wäre schon gut, wenn wir von der SPD mal eine einheitliche Analyse der wirtschaftspolitischen Situation vorgetragen bekämen.

(B)

Der größte Konfusionsrat in dieser Angelegenheit ist der Wirtschaftsminister dieses Landes. Ich will versuchen, Ihnen das einmal vorzuführen:

Er hat zunächst offensichtlich auf die rechte Fraktion gesetzt und ist dann - als Signal nenne ich einmal HTR, Hamm-Uentrop - abgescwenkt in die linke Ecke, damit er etwas mehr Stallgeruch bekam.

Das ist ihm offensichtlich sehr schlecht bekommen; denn er schwankt nunmehr in der Analyse seiner Wirtschaftspolitik zwischen allen Extremen, die Sie in Ihrer Fraktion vorfinden. Da sagt er in einem Interview der "Westfälischen Rundschau" vom 4. November, das Industriegebiet hätte gute Exportchancen.

Und ein bißchen später heißt es, dieses Industriegebiet leide darunter, daß es den Dollarverfall nicht mehr mitmachen könne. Dann verlangt er die Stützung der Konjunktur über öffentliche Investitionen. Es wäre hochinteressant, das hier am Landeshaushalt zu beweisen, bevor man solche Attacken gegen Bonn fährt;

(C)

(Beifall bei der CDU)

und den wollen wir gleich einmal untersuchen. Weiter sagt er: Konsumanreize gibt es in der Bundesrepublik genug. Hochinteressant! Er erkennt an, daß wir mit 40 Milliarden DM allein aus dem Dollar- und Ölpreisverfall das größte Nachfragestärkungsprogramm überhaupt haben.

Aber dann geht es richtig los. Dann fährt er die Attacken in Richtung Bonn, und ich darf diese mit Genehmigung der Präsidentin einmal vortragen:

Es wäre wesentlich besser, einen Anstoß auch für öffentliche Investitionen zu geben. Leider

- jetzt hören Sie gut zu -

hat die Finanzpolitik der Bundesregierung keine anderen Kriterien mehr anzubieten als den Abbau der Verschuldung. Das ist sträfliches Verschenken von Zukunftschancen.

Was wird in diesem Lande getan? Hier rühmt sich der Finanzminister, daß er eine Konsolidierung fährt, die eigentlich nur verhindern soll, daß er im nächsten Jahr schon am Ende ist. Hier werden Investitionen heruntergefahren, und zwar um ein Drittel in den letzten fünf Jahren. Das ist das größte Arbeitsplatzvernichtungsprogramm, das in diesem Lande läuft.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben allein aus dem Herunterfahren der Investitionsquote um rund 8 % in den letzten fünf Jahren bei einem Haushaltsvolumen von 60 Milliarden DM ein Minus von rund 5 Milliarden DM in den Investitionen. Wenn Sie die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden, das Minus von 5,5 %, zusätzlich um die Kürzung der Grunderwerbsteuer berechnen, sind das rund 3,5 Milliarden DM. Das sind 8,5 Milliarden DM Nachfrageausfall; denn diese Gelder für die Gemeinden können Sie auch als investive Mittel bezeichnen.

8,5 Milliarden DM in diesem Lande, und dann wagt es noch einer von dieser Regierungs-

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) fraktion oder der Regierung, Bonn vorzuwerfen, sie brauchten dringend ein Programm "Arbeit und Umwelt". Das praktizieren Sie doch einmal in diesem Lande! Da können Sie es beweisen.

(Beifall bei der CDU)

Die IG Bau-Steine-Erden hat Ihnen heute noch ins Stammbuch geschrieben, daß Sie die Investitionen verstetigen sollen. Stop and go ist Ihr Prinzip in diesem Haushalt. Ich meine, daß Sie sich vielleicht auch von den Gewerkschaftskollegen einmal vortragen lassen sollten, was diese zu dem investiven Teil des Haushalts sagen.

Lassen Sie mich noch einmal zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten kommen,

(Henning (SPD): Kommen Sie mal zum Haushalt!)

der zur ökonomischen und ökologischen Erneuerung sechs Punkte vorgetragen hat. Er legt zunächst dar: Wir führen unsere technologische und unsere forschungspolitische Offensive fort. Dann wollen wir uns die mal angucken. Die Offensive bestand darin, daß er im Juni 1984 der staunenden Öffentlichkeit in einer Regierungserklärung ein Zukunftstechnologieprogramm vorstellte - viele von Ihnen erinnern sich ja daran -: 400 Millionen in vier Jahren. Damit sollte der große Aufbruch in Nordrhein-Westfalen bewirkt werden.

(B)

Was ist Praxis geworden? 1985 standen diese 60 Millionen DM für den Wirtschaftsteil noch im Haushalt; das "Ist" betrug sage und schreibe 600 000 DM. Abgeflossen: 600 000 DM! 1986 standen 15 Millionen DM im Haushalt - also schon ein Viertel reduziert; das haben wir auch hier vorgetragen -; "Ist" 3 Millionen DM bis zum 30. September. 1987 haben wir ein "Soll" von 20 Millionen DM im Haushalt stehen.

Ich frage Sie, Herr Minister, wie dieser Anspruch, Zukunft für das Land über dieses Programm zu gewährleisten, überhaupt von Ihnen noch verbal vorgetragen werden kann, wenn die Praxis so aussieht? Dabei gäbe es ja genügend Möglichkeiten. Wir könnten forschen auf dem Gebiet der Abwasseranlagen, der Entsorgungseinrichtungen, bei Altlasten, Lärmschutz, Luftreinhaltung; das ist alles vorgetragen. Minister Matthiesen hat im Umweltausschuß gemeint, das wäre ein Volumen von 160 Millionen DM, das bewegt werden müßte. Fehlanzeige in diesem Haushalt!

Im Wirtschaftsetat ist auch ZENIT, die Transferstelle für das Übersetzen von Erkenntnissen der Wissenschaft in die Praxis, verankert. Haushaltsmäßig eine Schlaperei erster Güte, denn wir haben bis heute keinen Haushalt für dieses ZENIT vorgelegt bekommen. Wir kennen die Aufgabenstellung, die offensichtlich verändert worden ist, bis heute nicht exakt.

(Maedge (SPD): Das ist in der Post.)

Wir wissen gar nicht, ob die Beteiligung zum Beispiel von der WestLB im nächsten Jahr noch weiterläuft. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man bis heute diesen Haushalt nicht vorlegen kann. Das ist haushaltsmäßig überhaupt nicht zu verantworten.

(Aigner (SPD): Sie müssen Ihre Post lesen, da steht das alles drin.)

Die ökonomische Erneuerung bleibt offensichtlich im Morast der Haushaltslage auf der Strecke. Verbale Kraftmeierei wird vor allen Dingen von den beiden Ministern Jochimsen und Matthiesen in Richtung Bonn betrieben. Daß etwas im argen liegt, merkt sogar schon Herr Kollege Wendzinski: daß der Öko-TÜV offensichtlich in Dortmund verhindert, daß ISDN fortschreitet. Ich glaube, um so etwas, Herr Minister, sollten Sie sich einmal kümmern.

Aber statt dessen kreieren Sie im Einzelplan 08 Beiräte für den Gedanken- und Informationsaustausch über Fragen der Wirtschaftsstruktur und Technologiepolitik. Wenn Sie sich da mit einem wissenschaftlichen Beirat umgeben, Herr Minister, haben wir gar nichts dagegen. Es tut sicherlich sehr gut, wenn man einmal von verschiedenen Seiten Beiträge hört. Nur, wenn Sie jetzt versuchen, die gesellschaftlichen Gruppen vorher einzubinden, würden wir natürlich gern von Ihnen einmal wissen, wie die Rechte des Parlaments und des Wirtschaftsausschusses gewahrt bleiben.

(Maedge (SPD): Das haben wir doch alles schon im Ausschuß diskutiert; da ist alles deutlich gesagt worden.)

- Natürlich, trotzdem darf ich es doch hier noch einmal vortragen, Herr Maedge. - Der Umweltminister versucht immer wieder, die Zukunft - und unter diesem Stichwort ist ja das zu verstehen, was ich hier vortrage - des Landes auch daran festzumachen, wieviel Umweltschutzindustrie in diesem Lande beheimatet ist.

Er hat auf meine schriftliche Nachfrage nicht sagen können, welche konkreten Zahlen er

([r. Linssen (CDU)])

- (A) dafür hat. Er hat heute wieder damit angegeben. Ich würde empfehlen, einmal den Artikel in der "Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht - 3/86" nachzulesen, wo eine Analyse von Kahnert, Kunzmann und Lossin vorgetragen wird, die zu völlig anderen Ergebnissen kommt, was die regionale Verteilung von Umweltschutzindustrie in der Bundesrepublik betrifft, als Minister Matthiesen vorgetragen hat.

Herr Rau hat als zweiten Punkt der ökonomischen und ökologischen Erneuerung vorgetragen, daß wir im Bereich Arbeit und Umwelt einen besonderen Schwerpunkt der Investitionen des Landes setzen werden. Bei den Entsorgungseinrichtungen, bei den Abwasserinvestitionen, bei den Altlasten fließen selbst die sparsamen Mittel, die wir haben, kaum ab: bei den Entsorgungseinrichtungen sage und schreibe 30 Millionen DM von angesetzten 70 Millionen DM. Hier tut sich offensichtlich eine Reservekasse des Finanzministers auf, die uns als Opposition das Lesen des Haushalts unglaublich schwierig macht. Das ist mit ein Hauptkritikpunkt, den die CDU-Opposition vorträgt. Wir können diesen Haushalt praktisch nicht mehr beurteilen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Das haben wir versucht anzuprangern, aber das Ergebnis ist ja gleich Null. Das Fazit aus diesen Überlegungen ist, daß da, wo der Pleitegeier kreist, offensichtlich Investitionen nicht mehr möglich sind. Nun findet der pfiffige Herr Farthmann darauf natürlich sofort eine Entschuldigung. Er sagt, Nordrhein-Westfalen sei natürlich viel zu klein, um so ein Programm "Arbeit und Umwelt" zu inszenieren. Er möge sich dann vielleicht die Ausführungen seiner Kollegen und vor allen Dingen des Herrn Ministerpräsidenten zur Bedeutung des Landes Nordrhein-Westfalen vor Augen führen, dann wird er ganz schnell diese Beiträge wieder einziehen.

(Beifall bei der CDU)

Im Bereich Arbeit und Umwelt könnte man auch das verbuchen, was unter regionaler Wirtschaftsförderung in diesem Lande läuft. Bei der Landesförderung, also der landeseigenen Wirtschaftsförderung, war schon Mitte 1986 kein Geld mehr da. Das Programm ist hoffnungslos überzeichnet.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn Mitte 1986 dafür schon kein Geld mehr aus dem Haushalt 1986 da ist, dann frage ich Sie, ob es seriös ist, wenn sich ein Wirtschaftsminister jetzt hinstellt und ein

200 Millionen DM-Programm für das Ruhrgebiet fordert, wo er ja konsequenterweise den 100 Millionen DM-Anteil des Landes in den Haushalt einstellen müßte. Dazu ist er schon beim Landesförderungsprogramm nicht in der Lage, die Mittel aufzubringen, er ist bei der Kokskohle dazu nicht in der Lage. Die letzten 90 Millionen DM sind uns ohne Deckungsvorschlag vorgelegt worden. Dieser Haushalt ist am Ende, und es werden nur Schaufensterreden im Wahlkampf gegen Bonn geführt.

(C)

(Nagel (CDU): Sehr richtig! - Beifall bei der CDU)

Auf die Entsorgungsfrage ist beim Einzelplan 10 eingegangen worden. Ich mache hier nur noch einmal darauf aufmerksam, daß wir den Minister in der Sorge um den Standort in der Region begleiten und tatkräftig unterstützen werden. Nur, meine Damen und Herren, eines muß hier klar werden: Ein LEP VII, den man für dieses Entsorgungsproblem vor sieben, acht Jahren hätte einleiten müssen, der ist verpennt worden. Unter Deneke, unter Bäumer ist in dieser Sache nichts getan worden, weil man sich natürlich mit den Bürgerinitiativen vor Ort nicht anlegen will. Das ist opportunistische Politik, die zu diesen Erscheinungen geführt hat, daß der Minister heute fast mit Tränen in den Augen hier vor dem Landtag steht und händeringend um unsere Unterstützung bittet. Immer dann, wenn die Politik vor den Baum gefahren ist, dann wird in diesem Lande reagiert. Und das ist zu spät, und die Entwicklungen in einer so hoch technisierten Volkswirtschaft sind zu schnell, als daß wir uns diese lahmen Abstimmungsmechanismen innerhalb dieser Regierung mit der großen Fraktion und dann womöglich noch mit den gesellschaftlichen Gruppen draußen erlauben könnten.

(D)

(Beifall bei der CDU - Dautzenberg (CDU): Führungslose Regierung!)

Herr Rau hat in seiner Regierungserklärung auch vorgetragen, daß die ökonomische und ökologische Erneuerung dadurch stattfindet, daß wir unsere Energiepolitik mit dem Schutz der Umwelt und mit sicherer Energieversorgung verbinden. Meine Damen und Herren, zum Hochtemperaturreaktor lesen Sie im Haushalt des Wirtschaftsministers nichts mehr. Der ist jetzt verklausuliert, und da steht "Förderung von Werkstoffen und Komponenten für Hochtemperaturprozesse". So weit hat die Partei gewirkt, daß man nicht mehr ehrlicherweise eine Förderung für dieses Projekt so etikettiert, wie es eigentlich sein müßte. Auch die Kernkraft-Fernüberwachung wird ganz vorsichtig definiert, daß man weitere

(Dr. Linssen (CDU))

- (A) Anlagen anschließen will. Da darf offensichtlich der Schnelle Brüter nicht mehr genannt werden.

(Maedje (SPD): Sicher!)

Herr Farthmann ist ja auch stolz darauf, daß in den meisten Papieren der HTR möglichst nicht erwähnt wird, damit er gar nicht erst ins Gerede kommt. Denn nach dem 25. 1., das garantiere ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wird es auch bei Ihnen einen Umdenkungsprozeß zugunsten des HTR geben.

(Beifall bei der CDU - Nagel (CDU):
Sehr richtig!)

Deshalb verlangen wir von Ihnen, Herr Minister, daß Sie auch in der Sache Ahaus, die gerade brennt, Flagge zeigen. Da ist morgen abend Ratsentscheidung; die SPD vor Ort will von dem Projekt Abstand nehmen. Deshalb sage ich Ihnen heute: Wir verlangen von Ihnen ein Wort dazu, wie der Vertreter des öffentlichen Interesses sich einlassen wird. Denn wir haben Ahaus zusammen mit Gronau bekommen. Dies ist ein unlösbarer Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Wir haben die Entsorgung des HTR nur dadurch auch gerichtsfest sicherstellen können, daß wir Ahaus nachgewiesen haben. Deshalb stehen Sie in der Pflicht, ein deutliches Wort nach draußen zu sagen, daß diese Landesregierung die Fortsetzung des Ahauser Projekts in der Sache will

(Beifall bei der CDU)

und sich nicht zurückzieht auf die Bemerkung von Herrn Farthmann: wenn alle juristischen Fragen geklärt sind. - Das ist ein Rückzug auf Raten, den wir nicht haben möchten.

Lassen Sie mich ein Wort zur Kohlepolitik sagen. Im Haushalt steht 1 Milliarde DM für die Kokskohle, im Haushalt des Bundes stehen mehr als 2 Milliarden DM. 1986 waren es im Land 845 Millionen DM und vergleichbar im Bund 1,9 Milliarden DM. - Ich glaube, wir haben Gesamtredzeit, Frau Präsidentin.

(Zurufe: Nein!)

- Haben wir nicht?

Frau Vizepräsident Friebe: Der erste Redner hat 20 Minuten, die sind bei Ihnen in einer Minute um. Die nachfolgenden Redner haben dann 15 Minuten. Das ist die Vereinbarung.

(Dr. Linssen (CDU): Dann darf ich diesen Gedanken noch zu Ende bringen.

Meine Damen und Herren, Sie versuchen, in diesen Tagen nach draußen zu bringen, daß die Kohleposition durch die Bundesregierung gefährdet ist.

(Maedje (SPD): Das stimmt doch auch!)

Ich halte das für das Infamste, was zur Zeit an Wahlkampf läuft.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage Ihnen deutlich: Wenn die Kohleposition gefährdet ist, dann durch dieses Land Nordrhein-Westfalen,

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

was nicht in der Lage sein wird, sein Kohledrittel zu erbringen, weil es praktisch mit den finanziellen Möglichkeiten am Ende ist. Das ist der wahre Grund, wenn in dieser Hinsicht Angst gemacht wird. Ich garantiere Ihnen - Gott sei Dank hat der Bundeskanzler es auch sehr deutlich nach draußen gebracht -, daß diese Bundesregierung die Kohle in Nordrhein-Westfalen und im Saarland nicht im Stich lassen wird!

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abg. Müller das Wort.

Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Linssen, in einer einheitlichen Wirtschaftsanalyse mangelt es der SPD nicht. Wir stehen auch gar nicht an zu erklären, daß die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik zur Zeit noch von günstigen konjunkturellen Bedingungen geprägt ist. 2,5 % reales Wachstum des Bruttosozialprodukts, Preissteigerungsrate bei Null, noch immer in vielen Bereichen steigende Nachfrage, der sich abschwächende Export wird von steigender Binnennachfrage aufgefangen, Anstieg der Realeinkommen: Das stehen wir gar nicht an zu verschweigen. Wir wollen das auch gar nicht schlecht machen, sondern wir Sozialdemokraten freuen uns über die günstige Situation, von der die Wirtschaft, die Arbeitnehmer und die Verbraucher auch in diesem Lande profitieren.

Gleichwohl müssen wir feststellen: Eine konservative Wirtschaftspolitik in Bonn, die trotz solcher günstigen konjunkturellen und weltwirtschaftlichen Daten in vier Jahren nichts namentlich gegen die Arbeitslosigkeit

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD))

- (A) unternommen hat, ist für die Bürger der Bundesrepublik nicht hinnehmbar,

(Zustimmung bei der SPD)

am wenigsten für die Arbeitslosen und die Familien. Aber auch für Sozialdemokraten ist diese Wirtschaftspolitik der Konservativen, die das Ziel der Vollbeschäftigung völlig aufzugeben wohl in der Lage ist und die Lösung der Arbeitsmarktprobleme auf irgendeinen Zeitpunkt in den neunziger Jahren vertagt, nicht akzeptabel.

Statt dessen gefällt sich die Bundesregierung - vor allen Dingen im Hinblick auf den Wahltermin - in wirtschaftspolitischer Schönfärberei, bei der sie sich die günstige Entwicklung wider besseres Wissen selbst zuschreibt. Es wird beharrlich verschwiegen, daß es der seinerzeit hohe Dollarkurs war, der zunächst Milliardenvorteile für unseren Export gebracht hat, und daß es der spätere Ölpreisverfall war, der mit einer Entlastung der Verbraucher um jährlich 50 Milliarden DM zwangsläufig wie ein riesiges Förderprogramm zur Stützung der Binnennachfrage wirken mußte.

Ich kann dazu nur feststellen: Die nach wie vor unerträglich hohe Arbeitslosigkeit hat die Bundesregierung durch Untätigkeit mit verschuldet!

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Die günstige konjunkturelle Situation haben wir trotz und keinesfalls wegen irgendwelcher Maßnahmen des Bundes - wie das auch vor einiger Zeit ein Mitglied des Sachverständigenrates klargestellt hat. Mit einer durchaus als beschäftigungsfeindlich einzustufenden Politik hat diese Bundesregierung - wie wir meinen - eine ganz einmalige Chance vertan, nämlich in einer Zeit relativ günstiger wirtschaftlicher Daten die Arbeitslosigkeit wirklich spürbar abzubauen.

(Dautzenberg (CDU): Das ist aus den eigenen Flugblättern zum Wahlkampf!)

Wann denn sonst, wenn nicht in einer günstigen Konjunkturphase kann Arbeitslosigkeit ohne besondere Schwierigkeiten für die Volkswirtschaft abgebaut werden? Wir müssen dies als Zukunftshockade für über drei Millionen Bürger, die keine Arbeit haben, und ihre Familienangehörigen betrachten, was man sich in Bonn an Politik geleistet hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Aus der für 1987 erkennbaren gesamtwirtschaftlichen Situation läßt sich nun wohl eine

abgeschwächte Fortsetzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums ableiten. Das hat auch das Herbstgutachten der sachverständigen wirtschaftswissenschaftlichen Institute ergeben. Ohne staatliche Aktivitäten zur Belebung der Nachfrage und zur Förderung von Investitionen werden wir allerdings angesichts der wechselkursbedingten Einbrüche in der Auslandsnachfrage, die sich in vielen Wirtschaftsbereichen schon bemerkbar macht, kaum die bereits nach unten revidierte Wachstumsrate von 2,5 % erreichen.

Zustimmen kann man da nur der Forderung der Sachverständigen gegenüber der Bundesregierung, zur Stärkung von Nachfrage und Produktion wirklich nachhaltige Impulse zu geben. Das ist aber - wie wir ja nach Vorlage dieses Gutachtens aus Bonn von Stoltenberg und Bangemann schon gehört haben - dort abgelehnt worden.

Wir haben die Befürchtung, daß wir den Höhepunkt eines vierjährigen Konjunkturzyklus, eines Wirtschaftsaufschwungs, der uns durch externe Ursachen beschert worden ist, bereits erreicht haben und in den nächsten Jahren wieder mit Gegenwind rechnen müssen. Das Schlimme ist nur, daß es dann eine echte Erblast geben wird, denn während es Anfang der achtziger Jahre externe Ursachen waren, die für das Emporschnellen der Arbeitslosigkeit in fast allen westlichen Industrieländern verantwortlich waren, hat die Regierung Kohl trotz günstiger Voraussetzungen die Zahl der Arbeitslosen unter dem Strich eben nicht abgebaut, sondern zugelassen, daß sie sich sogar noch erhöht und auf einem sehr hohen Niveau stabilisiert hat - von der Gefährdung des sozialen Friedens, der für moderne Volkswirtschaften ein unerläßlicher Produktionsfaktor ist, einmal ganz abgesehen.

Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen! Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen haben aus der Erfahrung der besonderen Strukturprobleme unseres Landes eine Wirtschaftspolitik entwickelt, bei der Beschäftigung, Mittelstand, technologische Entwicklung und ökologische Erneuerung im Vordergrund stehen.

(Dautzenberg (CDU): Das ist schlicht unwahr!)

Die Problematik des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen, insbesondere an der Ruhr, bestand über viele Jahre darin, daß der Abbau an Arbeitsplätzen schneller abgelaufen ist, als ein Aufbau neuer Arbeitsplätze gelingen konnte.

(C)

(D)

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD))

- (A) Aber in den letzten Jahren ist die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens auf dem Weg ihrer strukturellen Anpassung und Erneuerung gut vorangekommen. Die Gesamtbeschäftigung in Nordrhein-Westfalen nimmt seit 1985 wieder zu. Der Beschäftigungsabbau im Lande ist per Saldo gestoppt. Die höchsten absoluten Zuwächse an Beschäftigung verzeichnen das verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungsbereich.

(Dautzenberg (CDU): Das ist nicht der Erfolg der Landesregierung!)

Dadurch zeigt sich die zunehmende Modernisierung unserer Wirtschaftsstruktur. Die technologische Modernisierung gerade im Mittelstand macht weitere Fortschritte. Wir weisen in Nordrhein-Westfalen in den sogenannten technologiehaltigen Produkten überdurchschnittliche Zuwachsraten im Vergleich zum Bund auf. Und mit einem Exportvolumen von 144 Milliarden DM im letzten Jahren haben wir einen Rekordanteil von 30 % an den Exporten der Republik erreicht. Die Wachstumsdifferenz zwischen dem Bund und Nordrhein-Westfalen nimmt weiter kontinuierlich ab.

Das sind meßbare Erfolge einer beschäftigungs- und industriepolitisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik, die den seit längerem eingeschlagenen Kurs kontinuierlich fortführt und konsequent weiterentwickelt.

- (B) Nicht zuletzt diese Wirtschaftspolitik hat uns Sozialdemokraten bei den Bürgern dieses Landes, so denken wir, wohl mit Recht das Vertrauen gegeben. Und angesichts solcher Erfolge können wir auch gelassen auf die Debatte um das angebliche Nord-Süd-Gefälle oder Süd-Nord-Gefälle reagieren, das jetzt im Bundestagswahlkampf von CDU und F.D.P. wieder verstärkt gegen Nordrhein-Westfalen in Gang gesetzt wird.

Im Gegensatz zu der immer wieder aufgestellten Behauptung, die Landesregierung verspiele den Wohlstand der Bürger in Nordrhein-Westfalen, ist der Anteil des Landes am Bruttoinlandsprodukt der Flächenländer in Wahrheit nach wie vor viel größer als der Bevölkerungsanteil des Landes.

Wir in Nordrhein-Westfalen stehen in vielen volkswirtschaftlichen Bereichen auf einem sehr hohen Leistungsniveau, daß alleine schon aus Gründen des notwendigen Abbaus von regionalen Entwicklungsunterschieden in der Bundesrepublik der Vorsprung des Landes Nordrhein-Westfalen auf Dauer zwangsläufig verkleinert werden muß; denn schließlich waren andere Bundesländer in den früheren

Jahren des Bestehens der Bundesrepublik im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen ja in wirtschaftlicher Hinsicht noch so etwas wie Entwicklungsländer, so daß es kein Wunder ist, daß diese Länder bei immer noch bestehendem Aufholbedarf teilweise höhere Zuwachsraten haben.

Das eigentlich Besondere ist aber, daß Nordrhein-Westfalen trotz dieses hohen Niveaus in vielen Bereichen auch im Wachstum vorne liegt: beim Produktivitätszuwachs, wo Nordrhein-Westfalen deutlich Bundesspitze ist, bei der Produktion technisch hochwertiger Güter, beim Forschungspotential für Informationstechnik, und im Bereich der Umwelttechnologie, dem Wachstumsbereich der Zukunft, hat dieses Land Nordrhein-Westfalen die absolute Führung.

Nun, in diesem klassischen Land der Großindustrie setzen wir schon lange auf den Mittelstand. Fast eine halbe Million kleiner und mittlerer Unternehmen sind bei uns die Träger des Wachstums. Sie haben es vor allem geschafft, neue Arbeitsplätze bereitzustellen. Die mittelständischen Unternehmen bis 500 Beschäftigte erwirtschaften fast zwei Drittel des Sozialproduktes des Landes Nordrhein-Westfalen. Das wurde und wird von den Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen unterstützt; in den Programmen des Haushalts 08 ist das ablesbar.

Unser Land hat nach wie vor Probleme und Sonderlasten, die sich aus der traditionellen Wirtschaftsstruktur immer noch ergeben. Wir sind aber auch stolz darauf, daß wir diesen Strukturwandel ganz offensichtlich mit den Mitteln der Politik dieses Landes besser bewältigen als die klassischen anderen Industriestrukturen und -regionen in der ganzen westlichen Welt.

Die Probleme beim Stahl und bei der Kohle sind allerdings längst nicht überwunden. Neben den Leistungen, die wir erbringen, müssen wir mit Nachdruck die Gesamtverantwortung des Bundes und auch der Europäischen Gemeinschaft einfordern.

Angekündigte Entlassungen bei Mannesmann, Meldungen über gefährdete Arbeitsplätze bei Hoesch und Thyssen machen deutlich, daß der Strukturwandel in der europäischen Stahlindustrie längst nicht abgeschlossen ist. Die betroffenen Arbeitnehmer können sich aber darauf verlassen, daß sich die SPD-Landtagsfraktion weiterhin für Anpassungen ohne soziale Härten einsetzen wird und dafür, daß Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden.

Wir haben mit unserer Landesstahl- und -technologiepolitik und den dazu zur Ver-

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD))

- (A) fügen stehenden Programmen erfolgreich dazu beigetragen, daß die nordrhein-westfälische Stahlindustrie eine starke Stellung im internationalen Wettbewerb errungen und gehalten hat.

Stahlsubventionen im Ausland, Dollarkurs und Dumpingpreise dürfen deshalb nicht zu einem Kahlschlag in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie führen.

Die Bundesregierung muß bei der Europäischen Kommission aktiv die deutschen Interessen wahrnehmen, wie wir das auf unsere Weise versuchen, vor wenigen Tagen noch mit einer Delegation der SPD-Landtagsfraktion in Brüssel.

Bundeswirtschaftsminister Bangemann mag aus ordnungspolitischen Gründen generell für einen freien Stahlmarkt sein; im Interesse unseres Landes kann das zur Zeit ja wohl nicht liegen. Aus deshalb brauchen wir sicher eine andere Bundesregierung.

Nordrhein-Westfalen hat mit der Kohlevor-rangpolitik eine Formel entwickelt, nicht nur um eine Sicherheitsreserve für die nationale Energieversorgung zu gewährleisten, sondern auch um die Arbeitsplätze im Bergbau zu erhalten und ohne soziale Brüche dort, wo es notwendig war, zu reduzieren. Auch diese Politik ist, insgesamt gesehen, erfolgreich gewesen, wobei uns - das sei sicherlich zugegeben - zwei Ökrisen in der Vergangenheit indirekt geholfen haben.

(B)

Die Energiepolitik ist ein wichtiger Bereich unserer Wirtschaftspolitik. Das Energieland Nordrhein-Westfalen versorgt die nordrhein-westfälische Wirtschaft und die Wirtschaft der Bundesrepublik mit preisgünstiger Energie. Das soll so bleiben, auch wenn wir Sozialdemokraten den ungebremsten Zuwachs an Kernenergie eingrenzen und schließlich den Anteil der Kernenergie bundesweit zurück-fahren wollen.

Wir haben uns damit im Landtag in diesem Jahr eingehend beschäftigt. Die Landesregierung ist beauftragt, bis Mitte nächsten Jahres einen Stufenplan vorzulegen. Wir denken, daß dieser Stufenplan Alternativen haben wird, über die wir dann eingehend diskutieren können.

Nordrhein-Westfalen ist ein Technologieland geworden. Dazu haben sicherlich viele Faktoren wie die gute Infrastruktur, die wir geschaffen haben, qualifizierte Arbeitnehmer und die dichte Forschungs- und Hochschullandschaft, aber auch die Wirtschaftspolitik erfolgreich beigetragen.

Auf der Grundlage der Landesprogramme, die Herrn Dr. Linssen, wie wir soeben gehört haben, wohl nicht gefallen - die Landesprogramme sind bereits Mitte der siebziger Jahre gestartet worden -, haben wir zunächst durch das Technologieprogramm "Wirtschaft" und dann durch die Landesinitiative "Zukunftstechnologien" in der Tat einen technologischen Schub in diesem Lande mit bewirken können, auch wenn er Ihnen, Herr Dr. Linssen, noch nicht auffällt oder nicht gefällt.

(C)

Wenn Sie nach ZENIT fragen, kann ich nur aus eigener Erfahrung sagen: Das Unternehmen läuft ganz hervorragend. Es wird deutlich, daß das Interesse an den Innovations-assistenten, die über ZENIT ausgebildet und vermittelt werden können, größer ist, als es im Augenblick befriedigt werden kann. Es mangelt auch nicht an weiterer Mitarbeit der WestLB oder des privaten Trägervereins, um einmal auf dieses Beispiel, das Sie erwähnt haben, einzugehen.

Über die Jahre waren es Milliardenbeträge, die jetzt die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren und Leistungen bewirkt haben, an denen auch Zeitungen wie die "Wirtschaftswoche" nicht mehr vorübergehen. Diese Wochenzeitschrift steht nun sicherlich nicht in dem Verdacht, Hofberichterstatte der sozialdemokratischen Landesregierung oder ihrer sie tragenden Fraktion zu sein. Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten aus der letzten Ausgabe der "Wirtschaftswoche" zitieren. Da heißt es:

(D)

Nach Jahren lähmender Strukturschwäche wandelt sich die Ruhrregion zu einem attraktiven Terrain für technologieorientierte Unternehmen. Aus der Not geborene Konzepte beginnen in voller Breite zu greifen.

(Meuffels (CDU): Wer hat das denn eingestiebt? Die Bundesregierung!)

Ich möchte noch einen weiteren Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen ansprechen, nämlich unser Programm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Wir haben seit 1980 rund 2 Milliarden DM für dieses Programm zur Verfügung gestellt und damit vielen Zehntausenden von Ausbildungsplatzbewerbern geholfen, die sich vergeblich auf die Lehrstellengarantie des Bundeskanzlers Kohl verlassen hatten. Gegen leere Versprechungen haben wir konkrete Angebote zur Ausbildung gesetzt. Wir wollen, daß auch weiterhin jedem Menschen, der einen Ausbildungsplatz wünscht, ein qualifizierter Ausbildungsplatz

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD))

- (A) zur Verfügung gestellt wird. Solange die Wirtschaft ihrer verfassungsgemäßen und auch von ihr beanspruchten Aufgabe nicht nachkommt, ein qualitativ und quantitativ sowie regional ausgeglichenes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen, wollen wir weiter staatliche Maßnahmen vorsehen.

Meine Damen und Herren, unsere Wirtschaftspolitik, die auch in diesem Haushalt, von uns getragen, zum Ausdruck kommt, hat vier Schwerpunkte:

1. die Strukturanpassung in traditionellen Industriebereichen ohne soziale Brüche,
2. die effiziente marktnahe Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft,
3. technologische und ökologische Erneuerung unseres Landes,
4. Qualifizierung der Arbeitnehmer in unserem Lande, nicht zuletzt durch die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze.

Die SPD-Landtagsfraktion hätte bei den Haushaltsberatungen diesen Schwerpunktbe-
reichen des Haushalts gerne noch einiges mehr für den Strukturwandel in unserem Lande hinzugegeben, zum Beispiel bei der mittelstandsorientierten Technologieförderung oder bei der Schaffung über das derzeitige Maß hinausgehender zusätzlicher Ausbildungsplätze. Die notwendige Haushaltskonsolidierung und unabwiesbare zusätzliche Mehrausgaben im Kohlebereich haben das nicht zugelassen.

(B)

Aber in einem Punkt haben wir gleichwohl doch noch einen Änderungsantrag beschlossen und dem Landtag zur Annahme empfohlen. Im Kapitel 08 040 wollen wir bei Titel 683 87 den Ansatz um 5 Millionen DM erhöhen, weil wir meinen, daß sich das Energieland Nordrhein-Westfalen für die Zukunft auch dadurch rüsten muß, indem es für die rationelle Energieverwendung und für das Energiesparen größere Beiträge leistet, zumal die noch amtierende Bundesregierung auf diesem Gebiet durchaus kurztritt. Rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energiequellen sind ein wichtiger Beitrag zur notwendigen und zukunftsorientierten Entwicklung der Energiepolitik. Beispiele wie das neue Heizkraftwerk in Duisburg mit der umweltfreundlichen Kohleverfeuerung im Wirbelschichtverfahren, das maßgeblich vom Land Nordrhein-Westfalen unterstützt worden ist, sind hier aktuell zu nennen. Die Wiederaufnahme des Betriebs von kleinen Laufwasserkraftwerken in unserem Lande ist ein Weiteres, das wir wollen.

Wir möchten damit aber nicht nur einen politischen Beitrag zur Umsteuerung der Energiewirtschaft leisten, sondern auch die Exportchancen unserer Industrie verbessern. Die Technologien für Energieeinsparungen, rationelle Energieverwendung und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen sind auch Exportchancen der Zukunft. Viele haben das nur noch nicht begriffen.

Gestatten Sie mir ein abschließendes Wort zu den Anträgen der Opposition. Die CDU hat offenbar zu unserer Wirtschaftspolitik keine Alternativen. Sie hat nicht einmal angedeutet, wo etwas anders gemacht werden soll, sondern sie hat - es tut mir leid, das so sagen zu müssen - an Einzelheiten im Haushalt 08 nur herumgemäkelt oder einfach gemeint, ihr passe die Richtung nicht oder sie könne, wie wir es heute gehört haben, nicht mehr lesen. Wer so etwas sagt, hat sich unserer Meinung nach aus einer ernsthaften wirtschaftspolitischen Diskussion verabschiedet.

(Zustimmung bei der SPD)

Die F.D.P. hat hier wenigstens Flagge gezeigt, konkrete Anträge gestellt, die man zur Kenntnis nehmen kann. Wer allerdings angesichts einer Zahl von 30 000 unversorgten Ausbildungsplatzbewerbern 37 Millionen DM bei dem Ansatz zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze streichen will, der zeigt der Jugend unseres Landes die kalte Schulter. Wir nennen das soziale Kälte der Konservativen, bei der wir nicht mitmachen können.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, ist auf einem wirtschaftspolitisch guten Weg. Das weisen auch die jüngsten Meldungen der Kammern, vor allem im Ruhrgebiet, aus.

Mit dem Einzelplan 08 für das Haushaltsjahr 1987 setzen wir diesen Weg konsequent fort. Es ist schade, daß die Opposition ihren Sachverstand so wenig nutzt, sich konstruktiv mit eigenen und ergänzenden Ideen an dem Prozeß der positiven wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Tschoeltsch von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will es mir und Ihnen ersparen, all die Fakten und

(Tschoeletsch (F.D.P.))

- (A) Zahlen zur Wirtschaftspolitik zu wiederholen. Wir haben ja erst vor zwei Wochen die Position von Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern ausführlich erörtert,

(Maedge (SPD): Und für gut befunden!)

die überdurchschnittliche Arbeitslosenquote, die überdurchschnittliche Kreditfinanzierungsquote beim Haushalt und all die anderen unangenehmen Wirtschaftsdaten, die Sie, Herr Wirtschaftsminister Jochimsen, mit vielen Worten zu überdecken versuchen und die auch die SPD-Fraktion in ihrer fidelen Resignation nicht zur Kenntnis nehmen will.

(Maedge (SPD): Sehr witzig!)

Der Landesregierung ist in dieser Legislaturperiode zur Strukturerneuerung noch nicht viel eingefallen. Mit Verboten und Behinderungen, meine Damen und Herren, kann man keine Erneuerung erzielen. Wir geben jedoch die Hoffnung nicht ganz auf, daß der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen nach der Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen endlich mit dem Regieren beginnen wird. Es wäre wünschenswert, wenn Sie, Herr Wirtschaftsminister, sich auch einmal im Kabinett durchsetzen könnten. Schaffen Sie doch endlich in Nordrhein-Westfalen ein Klima, in dem die Unternehmen zu weiteren Investitionen ermuntert werden! Dazu wäre ein Einfrieren der Gewerbesteuersätze eine ganz wesentliche Voraussetzung.

(B)

(Frau Kraus (SPD): Kommunale Hoheit!)

- Ich bedanke mich für den Zwischenruf. Ich werde sofort darauf zurückkommen.

Die Kommunen wären dazu sicherlich bereit, wenn die Landesregierung verbindlich erklärte, daß die Kommunen nicht mit weniger Finanzmitteln vom Land rechnen müßten.

Herr Minister Professor Dr. Jochimsen, wären Sie ein Wirtschaftsminister, der die wirtschaftliche Entwicklung und Entfaltung unserer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen am Herzen läge, dann müßten Sie sich gegen die ständigen finanziellen Beschneidungen der Kommunen durch die Kabinettskollegen Posser und Schnoor energisch zur Wehr setzen;

(Beifall bei der CDU)

denn, meine Damen und Herren, die Haushalts-sanierungsversuche des Landes auf Kosten der Kommunen, zum Beispiel durch die ständige Anhebung der fiktiven Hebesätze, zwingen die Kommunen dann wiederum zur Er-

höhung der Gemeindehebesätze. Wir haben dies heute bereits mehrfach erörtert.

(C)

Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, das Wort "Haushaltsberatungen" weise ich zurück. Es handelt sich um keine Beratungen, sondern um ein Diktat,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

ein Diktat der absoluten SPD-Mehrheitsmeinung. Im Wirtschaftsausschuß habe ich die Vertreter der SPD gefragt, bei welchen Änderungsvorschlägen meiner Fraktion die SPD verhandlungsbereit sei. Als Antwort kam eine totale Ablehnung. Man sei bei gar keiner Position verhandlungsbereit.

(Maedge (SPD): Wegen offensichtlicher Unsinnigkeit!)

Nun habe ich Verständnis dafür, daß Sie nicht den Mut und die Kraft besitzen, Kürzungsvorschläge zu akzeptieren. Sie müßten dann ja bei den Geidempfängern sagen, daß im nächsten Jahr weniger Geld zur Verfügung stünde. Nur, meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie diese Maßnahme immer anlegen, dann werden Sie den Haushalt nie sanieren können.

Ich will an dieser Stelle bewußt noch einmal unseren Kürzungsvorschlag im Bereich zusätzlicher Ausbildungsplätze erläutern. - Herr Müller, hören Sie bitte zu, weil auch Sie hier wieder eine falsche Behauptung aufgestellt haben. Sie sagten sinngemäß, wir kümmerten uns nicht um die jungen Menschen, wenn sie einen Ausbildungsplatz suchten. Unser Kürzungsvorschlag beschränkte sich auf außerbetriebliche Ausbildungsplätze bei wirtschaftsfremden Organisationen wie zum Beispiel der Arbeiterwohlfahrt. Sie wissen, daß diese Organisationen Finanzhilfen von 10 000 bzw. 12 500 DM pro Jahr für die Bereitstellung jedes zusätzlichen Ausbildungsplatzes erhalten. Wir sind der Meinung, daß dieselbe Anzahl von Ausbildungsplätzen, wenn nicht sogar noch mehr Plätze, bereitgestellt würde, wenn die Hälfte, also 5 000 bzw. 6 250 DM jährlich, an Handwerksbetriebe, an Einzelhandelsgeschäfte oder auch an andere Büros und Betriebe gezahlt würde.

(D)

(Sehr richtig! bei der F.D.P.)

Dabei stützen wir uns auf durchgeführte Befragungen.

Bei unserem Modell hätten die so geförderten jungen Menschen dann auch noch den Vorteil, daß sie nach der Lehre eine viel größere

(Tschoeltsch (F.D.P.))

- (A) Chance hätten, vom Betrieb übernommen zu werden.

(Zuruf von der F.D.P.: So ist das!)

Also unterlassen Sie bitte Ihre falschen Unterstellungen!

(Beifall bei der F.D.P.)

Wie konzeptlos die SPD unsere Vorschläge ablehnt, wird bei den wenigen Erhöhungsvorschlägen deutlich. Wir hatten im Ausschuß höhere Beratungsmittel gefordert, 800 000 DM für die Handwerksorganisationen,

(Kuhl (F.D.P.): Hört, hört!)

600 000 DM für die Organisationen des Handels, 300 000 DM für das Gastgewerbe, wohl-gemerkt: für zusätzliche Beratung. Nach Meinung der SPD war entweder kein Bedarf vorhanden oder aber man wollte bewußt diesen Vertretern des Mittelstandes keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, was der Minister am 9. Dezember 1986 ausführte - ich zitiere -:

Oft sind es nicht fehlende Investitions-hilfen, an der die Verwirklichung eines erfolgversprechenden beschäftigungswir-kamen Projektes scheitert, sondern fehlende Beratung, mangelnde Marktkennt-nis, Managementkenntnisse und die Aus-und Fortbildung qualifizierter Mitarbeiter.

(B)

Ja, meine Damen und Herren, können Sie sich bitte einmal darauf einigen, was eigentlich fehlt! Der Minister meint: fehlende Beratung. Die SPD dokumentiert durch die Ablehnung unserer Anträge genau das Gegenteil.

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD): Seltsame Logik!)

Wenn wir uns die Förderungsrichtlinien für die alternative Szene näher ansehen, kommt uns allerdings das Grausen. Ich will nur zwei Beispiele nennen. Antragsteller, Herr Mini-ster, sollen sich z. B. an Beratungsstellen wenden, die sich selbst noch in Gründung befinden. Wie soll das eigentlich funk-tionieren? - Oder, zweitens: Gewinnerzielung ist nicht notwendig. Also kein Beitrag über Steuern an die Allgemeinheit! - Unsere Zu-stimmung erhalten Sie für derartige Praktiken nicht.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

So, wie Sie von der Mehrheitsfraktion Ihre absolute Mehrheit nutzen, erübrigen sich alle

anderen Worte. Unsere Meinung interessiert Sie offensichtlich nicht. Sie müssen die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik des Landes alleine übernehmen. Sie übernehmen damit aber auch allein die Bürde der über-durchschnittlichen Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen, der überdurchschnitt-lichen Haushaltskreditfinanzierungsquote und all die anderen unangenehmen Fakten. Sie können uns nicht in die Verantwortung ziehen, wenn Sie zu ernsthaften Beratungen nicht bereit sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abge-ordneten der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat der Herr Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie.

Dr. Jochimsen, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu diesen Beratungen des Einzelplans 08 ein paar Be-merkungen, die an das anknüpfen, was Herr Kollege Linssen sozusagen als Analyse an den Ausgang gestellt hat. Er hat gesagt: Er-neuern kann nur, wer vorher Mist gebaut hat. - Wer so die Probleme des Landes, seine Leistungen, seine unter Beweis gestellte Innovationsfähigkeit verkürzt, zeigt mit einer solchen Bemerkung nur, daß er überhaupt nichts von dem verstanden hat, was wirt-schaftspolitisch in Nordrhein-Westfalen an-steht, was hier geleistet worden ist und was vor uns liegt.

So ähnlich ergeht es mir, Herr Kollege Tschoeltsch, bei Ihrer Bemerkung, wir sollten uns entscheiden, was wichtiger ist: Beratung oder Investition oder Ausbildung oder Quali-fikation oder technische Patente. - Ich kann nur sagen: Das muß man alles zusammenfüh-ren, und wir müssen uns Mühe geben, dort überall die notwendigen Akzente zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür setzen wir unsere Programme und unsere Mittel ein. Ich halte daran fest, daß wir in der Wirtschaftspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen ein Konzept für aktive Strukturpolitik im Rahmen der Möglichkeiten, die dem Land gegeben sind, nutzen und voll ausschöpfen, auch bei der finanzpolitisch außerordentlich schwierigen Situation, in der wir uns befinden.

Lassen Sie mich hinzufügen, damit das nicht untergeht, meine Damen und Herren: Ich habe das letzte Mal, Ende November, hier ausführen können - da haben wir ja schon ausführlich über manche Aspekte diskutiert -,

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) daß 22 % des Arbeitsplatzzuwachses des Jahres 1985 in Nordrhein-Westfalen angefallen sind, bei einem Bevölkerungsanteil von 27 % und bei einer Belastung durch Freisetzungen im Bereich von Kohle und Stahl in ganz erheblicher Größenordnung. Wahrlich eine enorme Leistung!

Wenn ich feststelle, daß bei den jüngsten Arbeitslosenzahlen das Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen bei den Zuwächsen bundesweit am Ende der Liste liegt, zeigt sich auch hier, daß insgesamt gesehen eine große Anpassungsfähigkeit, Innovationsleistung auch bei der Schaffung von Arbeitsplätzen erbracht worden ist.

Herr Kollege Linssen, das ist eine strukturelle Leistung, zu der viele beigetragen haben. Dazu hat ganz gewiß auch die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten beigetragen, aber sie hat nicht genügend beigetragen; denn wir sind jetzt in der Sorge, wie es eigentlich weitergehen kann und wird. Das will ich jetzt aber nicht weiter ausführen; auch darüber haben wir schon sprechen können.

Was die Kohlepolitik angeht, darüber müssen wir sprechen. Über Stahlpolitik hat Herr Kollege Müller vorhin schon einige Anmerkungen gemacht. Es ist schon tragisch zu nennen, wenn man hier sieht, wie die Industrie, die Gewerkschaft und die Betriebsräte, die Arbeitnehmer und die Unternehmensleitungen gemeinsam mit der Landesregierung hier gegen Brüssel und gegen die Bundesregierung ein paar elementare Grundsätze zur Durchsetzung des Stahlmarktes erstreiten müssen. Dieses Ankämpfen gegen Unternehmen, die offenbar Defizite eingehen können, ohne daß das zu den Folgen führt, die Defizite normalerweise in der Marktwirtschaft haben - das ist ein Kampf, der schier aussichtslos erscheint, wo in der Tat eine vernünftige Quotenregelung erhalten bleiben muß, wo auf der anderen Seite aber auch ein wirksamer Außenschutz organisiert werden muß und wo drittens auch Sozialplanunterstützungen durch die Bundesregierung und durch die EG organisiert werden müssen.

Ich hatte gesagt: Die Regionen dürfen nicht überfordert werden. Deshalb haben wir den Antrag zur regionalen Wirtschaftsförderung gestellt, über der wir diskutieren; denn daran muß sich die Bundesregierung beteiligen. Herr Kollege Linssen, wenn Sie mich fragen, wie das mit den Komplementärmitteln ist, dann ist es zunächst einmal so, daß wir die Landesfördermittel dann eben in einer gestreckten Weise einsetzen können. Es ist

ganz klar: Wenn mehr Bundesmittel kommen, dann reichen auch die Landesmittel länger.

(C)

(Dr. Linssen (CDU): Wie beim Wohnungsbau - schön!)

- Ja, selbstverständlich! Da muß man sich nach der Decke strecken. Es ist doch eine ganz ungute Sache. Ich erwarte wirklich, daß sich die Opposition einmal zu dieser Frage erklärt, ob es denn richtig ist zu sagen: Die Kohlepolitik ist eine Sache des Landes, an der sich der Bund beteiligt. Die Opposition muß sich erklären, ob gesagt werden kann, die Stahlpolitik sei eine Sache von Brüssel, woran Bonn keinen eigentlichen Anteil hat, wo Bonn keine wirkliche Verantwortung mehr verspürt, sondern sich in die Liberalisierung flüchtet. Und bei der regionalen Seite ist es ohnehin, weil alles Wirtschaftsgeschehen in Bundesländern stattfindet, eine Verantwortung, die dort anfällt.

Gott sei Dank haben wir den Gleichbehandlungsgrundsatz durchsetzen können, und Gott sei Dank haben wir in diesem Punkt durch die Küstenstandort-Entscheidungen auch Maßlaten, an denen sich die Bundesregierung wird messen lassen müssen.

Also: Die Fortsetzung der aktiven Strukturpolitik dieses Landes ist unsere Aufgabe. Davon ist ein Bestandteil das Technologieprogramm "Zukunftstechnologie"; natürlich gilt das auch für das Technologieprogramm "Wirtschaft". Ich kann Ihnen hierzu sagen, wir werden die Haushaltsmittel im Jahre 1986 ausschöpfen, und wir werden dazu auch Reste, die aus dem Jahre 1985 übertragen worden sind, in Anspruch nehmen. Es besteht überhaupt kein Anlaß, an der Zusage der Landesregierung von 1984, hier eine zusätzliche Anstrengung zu unternehmen, etwa zu zweifeln. Im Gegenteil: In diesem Punkte gab es Anlaufschwierigkeiten, und ich denke überhaupt nicht daran, öffentliche Gelder aufzuwenden - sie zu verschwenden -, ohne daß ich sicher bin, daß die Ausgaben vernünftige Struktureffekte mit sich bringen können und werden.

(D)

(Frau Thoben (CDU): Gilt das auch für die regionale Wirtschaftsförderung?)

Was die Leistungen von ZENIT angeht, hat Herr Kollege Müller bereits einige Ausführungen gemacht. Ich will dieses Vorhaben nur durch das hervorragend anlaufende Programm "Innovationsassistenten" ergänzen, für das wir nicht nur viele Anträge, sondern auch zahlreiche Bewilligungen haben und das die mittelständischen Unternehmen mit großer Genugtuung aufgreifen. Dabei spüre ich sehr

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) deutlich, daß der wesentliche Effekt darin liegt, daß der Staat eine Flankierungsentscheidung gewagt hat, die mittelständische Wirtschaft sich gefordert fühlt, diesen Anforderungen gerecht werden will und ihnen auch gerecht werden kann.

Kein Wort ist interessanterweise in dieser Haushaltsdebatte bisher zum Stichwort "Außenwirtschaftsaktivitäten" gefallen. Darüber haben wir im Juli in diesem Hause diskutiert. Ich will das nur unterstreichen. Wir haben die Mittelerhöhungen, die im Jahre 1985 erreicht werden konnten, im Jahre 1986 beibehalten; sie werden 1987 noch aufgestockt, um von daher Voraussetzungen zu schaffen für die außerordentlich wichtige Phase der Begleitung des Strukturwandels, der Innovation in unserem Lande. Wir wissen, daß gerade die mittelständischen Unternehmen, aber genauso auch die Großbetriebe diese Maßnahmen mit großem Nachdruck begrüßen.

Es sind noch zwei Themen hier angesprochen worden, zu denen ich einige Bemerkungen machen möchte:

Das eine Thema ist, Herr Kollege Dr. Linssen, das Stichwort "Ahaus". Lassen Sie mich dazu zwei Dinge klarstellen: Erstens liegt das schriftliche Urteil noch nicht vor, und man kann ein Urteil erst bewerten und daraus Folgerungen ziehen, wenn man es wirklich in seinen Einzelheiten kennt. Und zweitens besteht überhaupt kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß die Landesregierung an ihrer entschiedenen Zusage festhält, daß wir ein Zwischenlager in Nordrhein-Westfalen errichten möchten.

(Nagel (CDU): Machen Sie das den Genossen mal klar da unten!)

Dieses Zwischenlager muß aber natürlich bauplanungsmäßig in einwandfreier Weise errichtet werden. Wenn das Verwaltungsgericht dies feststellt, wird man daraus Folgerungen zu ziehen haben. Wir werden uns Mühe geben, dabei zur Seite zu stehen; aber das ist eine kommunale Angelegenheit. Die ersten und zweiten Entscheidungen sind ja auch in dieser Richtung gefallen. Von daher gibt es also überhaupt keinen Anlaß, hier irgendetwas in Zweifel zu ziehen - im Gegenteil: Das zeigt, wie schwierig es ist, im Bundesstaat die Entsorgungsentscheidungen für die Atomkraft auch tatsächlich durchzusetzen.

Es fehlt ja immer noch - ich will darauf hier nur hinweisen - die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Zwischenlager

Gorleben, die uns ja für die nächsten Wochen ins Haus stehen wird, was die atomrechtliche Seite angeht. Sie ist, was Ahaus betrifft, im einzelnen jetzt gar nicht geprüft worden.

Der zweite Komplex, auf den ich noch ein paar Bemerkungen verwenden möchte, betrifft das, was Sie, Herr Kollege Tschöeltsch, mit Ihrem Antrag angesprochen haben: doch 37 Millionen DM für außerbetriebliche Ausbildungsplätze herauszunehmen und sie umzuwandeln - ich drücke es einmal so aus; Sie sehen mir das bitte nach, Herr Präsident! - in die alten Riemer-Programme, nämlich den Unternehmen Geld in die Hand zu geben für die Erfüllung einer Aufgabe, die ihnen obliegt und für die sie kein öffentliches Geld beanspruchen sollten. Es geht ja um eine Leistung, die sie zu erbringen haben.

Wir haben diese Grundsätze - ich darf das an dieser Stelle zitieren - im Berufsbildungsbericht 1986 noch einmal ausdrücklich festgehalten:

Die Landesregierung hält im Hinblick auf die Ausbildungsplatzförderungsmaßnahmen unverändert daran fest: keine allgemeine Subventionierung betrieblicher Ausbildungsplätze, weil dies die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen des dualen Ausbildungssystems verändern würde, die den Arbeitgebern die Verantwortung für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zuweisen.

Ferner: Konzentration der Mittel auf Personengruppen mit besonderen Problemen auf dem Lehrstellenmarkt.

Drittens: Ausbildungsangebot für alle unversorgten Jugendlichen.

An diesem Grundsatz wollen und müssen wir festhalten. Das ist dann keine Frage - ich formuliere es einmal so - ausreichender Diskussionsmöglichkeit, sondern einer unterschiedlichen politischen Orientierung.

Ich will Ihnen sagen: Wir haben ja noch bei den Landesprogrammen zwei Programme, die den Betrieben, die besondere Ausbildungsleistungen erbringen, einen Zuschuß gewähren. Hier handelt es sich um das Programm "Mädchen in gewerblich-technischen Berufen", und das ist zweitens das "Starthilfeprogramm für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß".

Ich verrate kein Geheimnis, will es aber im Plenum doch noch einmal sagen: Diese Programme sind in den letzten Jahren auf eine abnehmende Aufmerksamkeit insgesamt ge-

(Minister Dr. Jochimsen)

- (A) stoßen, weil auch die Wirtschaft inzwischen erkannt hat, daß sie selbst die Ausbildungsleistung steigern muß und daß es daher wichtiger ist, die Ausbildungsberater bei den Kammern einzusetzen. Außerdem wäre es verschwendetes öffentliches Geld, wenn die Kommunen - was manche ja tun - Prämien für Ausbildungsplätze im betrieblichen Bereich aussetzen. Die Kommunen sollten ihr Geld dafür einsetzen, daß Träger geschaffen werden.

Nun ein letztes Wort zu der Frage der wirtschaftsnahen und wirtschaftsfernen Ausbildung! Herr Kollege Tschoeltsch, da muß ich Ihnen ganz klar sagen: Ich kann das Vorurteil, das bei Ihnen zum Ausdruck kommt, nicht teilen; denn auch die wirtschaftsfernen Träger müssen für Prüfungen ausbilden, die die Kammern abnehmen. Die Kammern müssen das akzeptieren.

(Maedge (SPD): So ist es.)

Und wir wissen, daß Betriebspraktika organisiert werden.

Ich habe einen außerordentlich guten Eindruck bei meinem Besuch in der vorigen Woche in Bochum beim Verein für außerbetriebliche Ausbildung gewinnen können, der von Gewerkschaftsseite eingerichtet worden ist. Gleiches wäre auch von den außerbetrieblichen Ausbildungsstätten der Kreishandwerkerschaften etwa in Mönchengladbach oder von dem, was die Kommunen in dieser Hinsicht an Anstrengungen unternehmen, zu berichten. Wir haben also keinen Anlaß, von diesen bewährten Grundsätzen abzuweichen, schon deshalb, weil die Finanzmittel knapp sind. Wir müssen also auf größtmögliche Wirksamkeit dieser Mittel bedacht sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Frau Abg. Thoben von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Thoben (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich möchte Ihnen ausdrücklich dafür danken, daß Sie das politische Ziel, das Zwischenlager Ahaus auf den Weg zu bringen, nach wie vor unterstützen. Ich gehe davon aus, daß Sie dann mit uns der Auffassung sind, daß wir alle gemeinsam versuchen müssen, auch die SPD vor Ort dazu zu bewegen, daß sie zustimmt, daß man die Rechtsmittel ausschöpft, die es gibt, um das Zwischenlager wirklich in Gang zu setzen.

(Maedge (SPD): Das gibt es überall, daß Sie vor Ort abweichende Meinungen haben! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Entschuldigung, dann müssen Sie doch bereit sein, mitzuhelfen, daß es vor Ort mitgetragen wird, wenn die Stadt Rechtsmittel einlegen will. Nur um diese Unterstützung bitten wir Sie. (C)

(Beifall bei der CDU)

Das scheint mir sehr wichtig.

(Zurufe von der SPD - Nagei (CDU): Wo bleibt die Glaubwürdigkeit?)

Es gibt vor Ort Entscheidungen, Herr Maedge, die weniger wichtig sind als die Entscheidung betreffend Ahaus. Ich führe auch darauf zurück, daß der Minister deshalb hier so nachdrücklich den politischen Willen festschreibt. Unser Konzept der weiteren Nutzung gerade des Hochtemperaturreaktors hängt daran, daß es dort weitergeht. Tun Sie nicht so, als ob das nur irgendeine kommunale Entscheidung ist!

(Beifall bei der CDU)

Insofern müssen wir als Land politisch die Rückendeckung für die Entscheidungen geben, die vor Ort zu treffen sind.

Herr Minister, mich hat Ihre Einlassung zum TPZ etwas gewundert. Wenn ich die Haushaltszahlen aus den letzten Jahren für dieses Programm verfolge, ergibt sich folgendes Bild. Selbst wenn Sie im Jahr 1986 bei der Verausgabung von Mitteln riesige Erfolge aufweisen, ist es recht schwierig, den ursprünglichen Zeitplan einzuhalten, es sollten innerhalb von vier Jahre für diesen Bereich - das war dem Ministerpräsidenten eine Regierungserklärung wert - 240 Millionen DM ausgegeben werden. Darf ich Ihre Zusage, daß das Programm wie geplant ablaufe, so verstehen, daß der Zeitrahmen so bleibt, wie er in der Regierungserklärung abgesteckt wurde? Wenn das so ist, müßten Sie sich oder der Landesregierung zutrauen, im Haushalt des übernächsten Jahres für dieses Programm, wenn wir richtig gerechnet haben, über 200 Millionen DM vorzusehen. Es wäre für uns sehr wichtig zu wissen, ob Sie diese Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung tatsächlich untergebracht haben. Ich halte das für sehr unwahrscheinlich. (D)

Eine weitere Frage! Sie haben hier zum wiederholten Male Ihre Einlassungen vorgebracht, was die Beantragung von 200 Millionen DM insbesondere für Städte im Ruhrgebiet angeht. Sie haben diesen Antrag damit begründet, daß die Last der Umstrukturierung in dieser Region die finanzielle Unterstützung des Bundes erfordere und daß

(Frau Thoben (CDU))

- (A) der Gleichbehandlungsgrundsatz. Sie auch hoffnungsvoll mache, daß Sie ein gewisses Entgegenkommen erwarten könnten. Wie vereinbart sich denn diese Einlassung mit Einlassungen von Ihnen, die beinhalten, daß die Wirtschaftsförderung mit Investitionszulagen tatsächlich überholt sei und man sich offenkundig etwas ganz anderes überlegen müsse? Ist das kein Widerspruch?

(Dr. Linssen (CDU): Quelle nennen!)

- 9. Dezember! - Es ist ja interessant: Wir können zumindest nicht verhindern, daß uns die gegenteiligen oder die widersprüchlichen Stellungnahmen erreichen. Wir nehmen Ihre Äußerungen bis dato noch so ernst, daß wir sie nebeneinanderhalten und prüfen, ob sie zusammenpassen oder nicht.

Was die Einlassungen zur Energiepolitik angeht, so möchte ich eigentlich nur eine Anmerkung an die Adresse von Herrn Müller machen. Herr Müller, ich habe mir Ihre Aussage mitgeschrieben: den unbegrenzten Zuwachs an Kernenergie eingrenzen. - Ist das eine der traumhaften Formulierungen, die mit wechselnder Intensität von verschiedenen Stellen der Landesregierung und Ihrer Fraktion vorgetragen werden? Ist es die derzeit gültige, ist es eine neue oder ist es eine alte Einlassung? Was bedeutet sie?

(Dr. Linssen (CDU): 25. Januar!)

- (B) - Vielleicht hat Herr Müller damit gerechnet, daß wir den Haushalt erst im Februar verabschieden. Vielleicht hatte er die Rede dafür vorbereitet. Dann hätte ich das verstanden.

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD): Hätten Sie meinen Satz zu Ende gehört!)

- Habe ich ein Stück vergessen?

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD): Ja, nur die erste Hälfte haben Sie gehört!)

- Ich wollte mich gerade freuen, daß Sie zur Vernunft zurückgefunden haben. Aber wenn das nicht der Fall ist, nehmen wir das auch zur Kenntnis.

(Müller (Mülheim/Ruhr) (SPD): Ihre Vernunft ist sehr relativ!)

- Nein, es geht hier doch ganz eindeutig um die politischen Aussagen, die Sie hier im Moment zur Nutzung der Kernenergie in unserem Land treffen. Ich habe mich eigentlich gefreut, daß Sie zu einer Formulierung wie dieser ermächtigt waren. Ich höre von Teilen der Landesregierung ganz andere Töne.

Ein letzter Punkt: Es gäbe hier viele Gründe dafür vorzutragen, warum wir uns nicht imstande sehen, an dem konkret vorgelegten Haushalt mit Änderungsanträgen herumzuproduzieren. Lassen Sie mich einen Grund nennen. Es ist nach meiner Kenntnis sogar haushaltsrechtlich unmöglich - wir haben das im Ausschuß auch gemeinsam so gesehen -, daß ein Teilhaushalt, nämlich der der Institution ZENIT, bei den Haushaltsberatungen nicht vorliegt. Wir waren gemeinsam der Auffassung, daß das so nicht geht und daß wir den Haushaltsvoranschlag von ZENIT für das Jahr 1987 selbstverständlich bis zur abschließenden Beratung bekommen. Wo ist er, bitte?

(Zuruf: Heute eingetroffen!)

- Jetzt muß ich Ihnen sagen: Wenn es so wäre, daß er heute - auf welchem Postwege auch immer - bei uns eingetroffen ist, so ist das eine Brückierung des Parlaments. Dann verweigern Sie eine ausreichende Beratung dieses Punktes!

(Beifall bei der CDU)

Die Haushaltsberatungen im Ausschuß mit sämtlichen Änderungsanträgen sind abgeschlossen. Vor Abschluß dieser Beratungen war uns die Vorlage dieses Einzelhaushaltes zugesagt. Es geht auch gar nicht anders. Die Vorlage ist aber nicht erfolgt. Sie haben diese Vorlage entweder nicht gehabt oder es nicht für nötig gehalten, sie vorzulegen. Auf jeden Fall ist das Nachschieben auf dem Postwege heute kein Ersatz für eine ausreichende Unterrichtung des Ausschusses. Dies dokumentiert auch, daß Ihnen an einer Aussprache nicht liegt!

(Beifall bei der CDU - Maedgen (SPD): Quatsch!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Westermann von der Fraktion der SPD das Wort.

Westermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zur bisherigen Diskussion. Man muß wohl feststellen: Es ist schon eine merkwürdige Interpretationsweise, die Frau Kollegin Thoben hier gerade vorgetragen hat, als sie den Kollegen Müller interpretierte. Auch ein Umstieg hat natürlich etwas mit dem Eingrenzen von Zuwächsen bei Kernenergie zu tun. Auf der anderen Seite muß man auseinanderhalten die Zielrichtung einerseits, die wir anstreben - Umstieg und Umsteuern in der Energiepolitik -, und die tatsächliche Entwicklung, die gegenwärtig

(Westermann (SPD))

- (A) läuft, die wir hier ja auch schon vor Tagen diskutiert haben: daß nämlich in den kommenden Jahren noch einmal 50 % dessen, was wir schon an Kernenergie haben, dazukommt und daß damit der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung gegen 50 % tendiert.

Deshalb ist ein Umsteuern, wie wir es vorhaben, auch zunächst einmal ein Begrenzen der Zuwächse. Da kann man nicht so einfach und so simpel, wie Frau Thoben das gerade getan hat, hier Teilsätze zitieren und die dann eigenwillig interpretieren.

(Maedge (SPD): Sehr richtig!)

Ein weiterer Punkt! Es war auch schon sehr merkwürdig, was der Kollege Linssen vorhin zur Kohlepolitik und zur Kritik an der Kohlepolitik des Bundes gesagt hat. Seine Aussage, wer kritisiere, daß im Augenblick in der Kohlepolitik nicht gehandelt wird, der gefährde die Kohle und die Position der Kohle, verdreht doch eigentlich die Tatsachen, stellt doch die Argumentation auf den Kopf, macht das Opfer zum Täter!

(Zustimmung bei der SPD)

Es ist doch wichtig, daß wir die aktuelle Situation bei der Kohle, die Probleme und die Sorgen, die wir haben, auch offen ansprechen. Das muß man auch in einem Wahlkampf tun können, und da muß sich auch eine Bundesregierung diese Sorgen der Kohle anhören und dann auch Abhilfe schaffen.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Ein anderer Punkt! Herr Dr. Linssen, Sie beklagen gerade, daß die Investitionen des Landes rückläufig seien, und sagten sinngemäß: Wo der Pleitegeier kreist, läuft nichts an Investitionen. Herr Kollege Linssen, ich glaube, Sie haben nur vergessen, den Pleitegeier zu beschreiben. Sie hätten sagen sollen, daß er blau-gelb-schwarze Federn hat und daß er mittlerweile eine heisere Stimme vom immer weiteren Verkünden immer neuer Steuerreformen hat, die natürlich dazu führen, daß die Landeskassen leer bleiben.

(Dr. Linssen (CDU): Fragen Sie die Bürger, wie es ihnen geht!)

Einige Anmerkungen vielleicht noch zu dem konkreten Landeshaushalt! Wir dürfen nicht vergessen: Dieser Wirtschaftshaushalt 08 des Landes Nordrhein-Westfalen ist nicht in der Lage, das, was an Versagen in der Wirtschaftspolitik in Bonn stattfindet, zu korrigieren, und er ist erst recht nicht in der

Lage, das zu kompensieren. Ich glaube, das ist sehr wichtig. (C)

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Eine zweite Anmerkung: Der Wirtschaftshaushalt unseres Landes steht natürlich wie andere Teilhaushalte auch im Zeichen knapper Mittel. Auch wir müssen ja in unserem Haushalt einen Beitrag zur Senkung der Nettoneuverschuldung oder dazu leisten, daß ein Anstieg der Nettoneuverschuldung verhindert wird.

Eine dritte Anmerkung! Um den Landeshaushalt wirklich objektiv beurteilen zu können, muß man wissen: Von den rund 2,25 Milliarden DM Haushaltsmitteln im Haushalt 08 sind mehr als 1 Milliarde DM durch die Koks-kohlenbeihilfe gebunden. Das heißt: Mehr als 1 Milliarde unserer 2,3 Milliarden DM im Haushalt 08 sind fremdbestimmt.

(Dr. Linssen (CDU): Mehr als das Doppelte beim Bund!)

Daß hier solch ein großer Komplex von einer Milliarde DM ohne unser Zutun, allein durch Dollarverfall und andere Dinge, gebunden ist, zeigt ganz deutlich, warum die Handlungsmöglichkeiten auf anderen Feldern beschränkt sind. Andere Bundesländer haben diese Belastungen von einer Milliarde DM nicht im Haushalt. Stellen Sie sich vor, wir könnten nur die Hälfte davon einsparen, welche Möglichkeiten wir dann noch im Bereich der Mittelstandsförderung und für andere Dinge hätten. (D)

(Frau Thoben (CDU): Wollen Sie das?)

Umgekehrt schränkt diese Hypothek, diese Sonderlast, die wir als einziges Bundesland in der Bundesrepublik tragen, unseren Spielraum natürlich erheblich ein.

(Maedge (SPD): Da sind sie still!)

Es wäre natürlich denkbar, im Haushalt 08 auch noch weitere Wünsche zu erfüllen. Wir könnten uns auch vorstellen, daß man noch die eine oder andere Position, genau wie die F.D.P. es zum Beispiel bei den Beratungsteilen vorgetragen hat, hätte ausbauen können; aber angesichts der allgemeinen Finanzlage des Landes waren uns hier leider Grenzen gesetzt, und wir waren gezwungen, Schwerpunkte zu setzen. Wir sind froh, daß die Schwerpunkte im Haushalt so enthalten sind. Ich glaube, es ist schon eine gute und vernünftige Sache, wenn wir für die Ausbildungsplatzförderung trotz der begrenzten

(Westermann (SPD))

- (A) Mittel noch 178 Millionen DM zur Verfügung stellen können. 178 Millionen DM bedeuten auch Schicksale von Zigtausenden von jungen Leuten. Weil wir das für so wichtig halten, haben wir auch überhaupt kein Verständnis dafür, wenn gerade die F.D.P. bei solchen Bereichen den Hauptkahlschlag machen will und dort das Messer ansetzt. Das müssen wir hier zurückweisen.

(Tschoeltsch (F.D.P.): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Das ist doch klar! In Ihren Änderungsanträgen ist das doch der größte Batzen, daß Sie die Ausbildungsplätze - -

(Tschoeltsch (F.D.P.): Sie haben vorhin nicht zugehört, als ich das erläutert habe!)

- Ich habe sehr wohl zugehört. Um so ungeheuerlicher ist es ja, daß Sie das hier immer wieder bekräftigen.

Ein zweiter Schwerpunkt in diesem Haushalt - auch da sind wir froh, daß wir das in dem Umfang aufrechterhalten können - sind die Technologieprogramme und ist auch das, was im außenwirtschaftlichen Bereich getan wird. Wir alle wissen: Wenn wir überhaupt noch Arbeitsplätze schaffen können, dann nur im technologischen Bereich durch neue Investitionen, durch neue Produkte, und wir können es im Außenwirtschaftsbereich durch die Steigerung von Exporten. Deshalb ist es auch richtig und gut, daß wir in dem Umfang, wie es im Haushalt steht, noch die Möglichkeiten wahren können.

(B)

Ein letztes Wort vielleicht noch zu den Anträgen oder den "Nichtanträgen", die uns heute hier vorliegen. Die F.D.P. hat ja ihr Päckchen abgeliefert; aber die CDU hat in diesem Bereich 08 ihre Vorstellungen nicht in Anträgen konkretisiert. Das legt eigentlich nur den Schluß nahe, daß sie entweder mit dem Haushalt 08 ganz zufrieden ist; oder es kann natürlich auch sein, daß ihr der Mut fehlt, gerade jetzt im Bundestagswahlkampf Farbe zu bekennen, wo sie denn kürzen oder streichen würde und wo sie etwas darauflegen wollte. An der Möglichkeit, daß man, wie das auch Herr Kollege Tschoeltsch gerade getan hat, mit seinen Anträgen untergeht, kann es ja wohl nicht liegen. Zum einen muß man natürlich die Mehrheiten, die der Wähler geschaffen hat, akzeptieren; aber das Stellen von Anträgen ist doch die seltene Chance der Opposition, ihre - in Anträgen konkretisierte - Politik deutlich zu machen.

Da kann ich Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Opposition, nur sagen: Sie

haben die Chance kläglich vertan, Ihre Art von Wirtschaftspolitik in diesem Landtag heute zu verdeutlichen!

(Dr. Linssen (CDU): Ihr seid ja nächstes Jahr pleite!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? Frau Thoben möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Ja, bitte schön.)

Frau Thoben (CDU): Herr Westermann, können Sie sich erinnern, daß die Landesregierung nicht bereit war, uns für die Haushaltsberatungen die komplette Liste der Ist-Zahlen aus dem Haushalt und der Bindungen vorzulegen, sondern daß wir sie mühsam Etatposition für Etatposition abfragen mußten und es uns deshalb gar nicht möglich war, bis zu unserem Beratungszeitpunkt den Vollzug des Haushalts richtig zu beurteilen, auch nicht die Bindungen, die bereits bis in das Jahr 1987 hineinreichen?

Westermann (SPD): Frau Kollegin Thoben, Sie wollten damals - und haben das gefordert - Zwischenzahlen des Haushalts, datiert, wenn ich mich recht erinnere, zum 30.9.1986. Diese Forderung allein ist unsinnig. Wer den Haushaltsabfluß kennt, wer weiß, wie die Mittel diskontinuierlich abfließen, kann Ihre Forderung beurteilen. Es ist unsinnig, wenn man sich an einem Stichtag mitten im Jahr orientiert. Das würde kein ernsthaftes Bild über die Mittelabflüsse geben und hätte die Beratung des Haushalts sicher nicht bereichert.

Ein Letztes vielleicht noch. Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren: Dadurch, daß Sie von der CDU keine Anträge zum Einzelplan 08 gestellt haben, haben Sie völlig die Chance vertan, Ihre Position zum Haushalt darzulegen und zu verdeutlichen, wie Sie sich das denken. Damit haben Sie meines Erachtens als Opposition kläglich versagt.

Wir haben mittlerweile die Situation - das haben wir schon des öfteren gesehen -, daß Ihnen die kleine Opposition in diesem Lande die Butter vom Brot nimmt. Unabhängig davon, daß uns die Anträge der F.D.P. vom Inhalt her nicht passen, so muß man doch zumindest anerkennen, daß sie sich die Mühe gegeben hat, das, was sie sich mit ihrer Politik vorgenommen hat - auch im Entschuldungsgesetz -, im Haushalt 08 umzusetzen. Da kann ich nur sagen: Das ist die ehrlichere Oppositionsrolle, wie sie heute von der F.D.P. gespielt wird.

(Paus (CDU): Oberlehrer!)

(Westermann (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, abschließend lassen Sie mich sagen: Auch wir könnten uns einen üppigeren Haushalt im Bereich 08 vorstellen; aber wir wissen, daß es angesichts der Finanzlage des Landes Grenzen gibt. Deshalb tragen wir das, was uns im Haushalt 08 vorgelegt ist, mit den Schwerpunkten, die ich gerade genannt habe.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 08 liegen nicht vor. Ich schließe insoweit die Beratung.

Wir kommen jetzt zu

Einzelplan 11: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

und dort zum Komplex Verkehr. Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/1428 und eröffne die Beratung in zweiter Lesung und erteile Herrn Abg. Dreyer von der Fraktion der CDU das Wort.

Dreyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Herr Zöpel ist ein Verkehrsminister, dem der Finanzminister die Taschen zugenäht hat. Der Finanzierungsrahmen des Verkehrshaushalts 1987 ist zu eng und das Investitionsniveau zu niedrig.

- (B) Die seit Jahren fortschreitende Talfahrt der öffentlichen Infrastrukturvorsorge setzt sich mit dem Haushalt 1987 fort. Die Investitionen für den Verkehrsbereich sind in dem Zeitraum zwischen 1980 und 1987 von 2,3 Milliarden DM auf 1,8 Milliarden DM reduziert worden. Allein von 1986 auf 1987 ist ein Rückgang um rund 10 % zu verzeichnen.

Besonders gravierend ist die rückläufige Investitionsentwicklung im Landesstraßenbau. Der Mittelansatz für Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplanes beträgt 1987 nur noch 150 Millionen DM, während im Jahre 1984 noch 240 Millionen DM veranschlagt waren und 1980 sogar noch 300 Millionen DM. Das entspricht einer Reduzierung um 37,5 %. Auch die Haushaltsmittel für den Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 5 Millionen DM Gesamtkosten je Maßnahme sowie für Erhaltungsinvestitionen sind seit 1984 erheblich vermindert worden, und zwar um 18,3 % bzw. um 9,4 %.

Das Versprechen des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom 10. Juni 1985, wonach die notwendigen Mittel im Straßenbau, vor allem für Erhaltung und

Erneuerung, durch Umschichtungen gewonnen werden sollten, ist bisher nicht eingelöst worden. Nach den Vorgaben des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes sollen die Investitionen sogar um 40 % zurückgenommen werden. Man könnte sagen, daß hier Herr Zöpel den Ministerpräsidenten auf den Kutschbock gesetzt hat.

(C)

(Aigner (SPD): Da sitzt doch schon Herr Scheel drauf!)

- Sie haben dieses Bild mit dem Kutschbock nicht verstanden, Herr Aigner. Deshalb muß ich es Ihnen sagen. Herr Blüm hat gesagt, Willy Brandt hätte Johannes Rau auf den Kutschbock gesetzt, und dann hätte Willy Brandt die Pferde ausgespannt und wäre mit Oscar Lafontaine ins Grüne geritten, und jetzt wundere sich der Ministerpräsident darüber, daß der Karren stehenbliebe. Das habe ich mit dem Kutschbock gemeint. Es ist aber immer schade, wenn man das erklären muß.

Auch für den schwierigen Ausgleich zwischen verkehrlichen, regionalwirtschaftlichen und umweltpolitischen Zielen zeigt der Haushalt 1987 keine Perspektiven. Die klar überschaubare Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung zwingt dazu, sowohl den Ansatz für das Investitionsvolumen insgesamt als auch die Aufteilung der Investitionsmittel in das Zentrum einer kritischen Auseinandersetzung zu stellen; denn mit Sicherheit verfehlen die Vorgaben zum Investitionsniveau und auch zur Investitionsstruktur die grundlegenden Ziele einer vernünftigen Bedarfsplanung. Der Handlungs- und Finanzrahmen ist gegenüber dem deutlich abschätzbaren weiteren Anstieg der Verkehrsströme viel zu eng, und die Aufteilung der Investitionsmittel entspricht nicht den ebenso klar erkennbaren Schwerpunkten der Bedarfsentwicklung.

(D)

Um sich greifende Mängel lassen die Verkehrsinfrastruktur und vor allem die mit immer mehr Baustellen besetzten Straßennetze zum Engpaß der Mobilitätsentwicklung und damit zu einer Belastung des Wachstums, der Beschäftigung und der Freizeitaktivitäten werden.

Darüber hinaus hat der Rückgang der Investitionen erhebliche negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Baugewerbe ist die Folge, und das angesichts der Forderung nach Beschäftigungsprogrammen durch die SPD des Landes.

Die beiden Grundthesen, meine Damen, meine Herren, daß der Finanzierungsrahmen viel zu